

## Angst der Mittelschicht vor der Gesamtschule? Ergebnisse einer Fallstudie zu Postings im Standard online

1. Handlungsbedarf für eine Gesamtschule	116
<hr/>	
2. Wie positionieren sich VertreterInnen der bildungsnahen Mittelschicht?	120
2.1 Auslöser und Daten für die Fallstudie	120
2.2 Kommentierte Ergebnisse	121
<hr/>	
3. Schadensbegrenzung und Ausblick	128

*Gertrud Nagy*

*Erziehungswissenschaftlerin und  
ehemalige Hauptschulleiterin*

**Auszug aus WISO 1/2015**

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

### 1. Handlungsbedarf für eine Gesamtschule

Österreich zählt zu den wenigen OECD-Ländern, die am gegliederten Schulsystem in der Sekundarstufe I festhalten, obgleich der Handlungsbedarf in der Bildungswissenschaft unumstritten ist. Bildungshöhe und Bildungsabschlüsse sind in Österreich vererbbar – das ist keine neue Erkenntnis der Genetik, sondern regelmäßig durch statistische Daten belegbar. So erreicht nur ein Viertel aller 25- bis 34-Jährigen einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern, während der Schnitt aller 34 OECD-Länder bei weit mehr als einem Drittel liegt (OECD 2012). Auch im Nationalen Bildungsbericht Österreich 2012 wird soziale Herkunft als „die zentrale Ungleichheitsdimension“ bezeichnet (Bruneforth et al. 2012, S. 200).

Seit den 1970er-Jahren ist zwar mehr Bildungsmobilität beobachtbar (mehr Mädchen in höheren Schulen und an Universitäten, regional breit gestreutes Angebot von Gymnasien und berufsbildenden höheren Schulen). Von dieser Bildungsexpansion profitieren Kinder der unteren Mittelschicht, hingegen unzureichend jene der sozial schwachen und bildungsfernen Grund- bzw. Unterschicht. Sie werden weitaus häufiger, als es ihren Begabungen entspricht, an der Schnittstelle I weniger anspruchsvollen Schulformen wie der Hauptschule oder nun der Neuen Mittelschule zugewiesen.

*gravierende  
Mängel  
gegliederter  
Schulsysteme*

Karl-Heinz Gruber (2008) bezeichnet gegliederte Schulsysteme daher als „Ausleseschulsysteme“ mit gravierenden Mängeln (a.a.O., S. 68f.):

- **Unzuverlässige Auslese**, weil bei Zehnjährigen keine zuverlässige Prognose ihrer weiteren Begabungsentwicklung möglich ist. Bei früher Zuweisung in weniger anspruchsvolle Schulformen werden Kindern wichtige Impulse der Begabungsförderung vorenthalten.
- **Chancenungleichheit**, weil die frühe schulische Auslese Kinder aus bildungsnahen Mittel- und Oberschichtfamilien bevorzugt. Die soziale Schichtung der Schülerschaft einer Hauptschulklassen unterscheidet sich deutlich von einer gymnasialen Unterstufe.
- **Bildungsökonomische Ineffizienz**, weil das Begabungspotenzial von Kindern bildungsferner Eltern an weniger anspruchsvollen Sekundarschulen unzureichend mobilisiert wird. Frühe Auslese fördert ein Selbstkonzept mit geringer Bereitschaft zu „lebenslangem Lernen“.

Die Ineffizienz zeigt sich unter anderem daran, dass beispielsweise jeder fünfte Jugendliche die Pflichtschulzeit ohne grundlegende Fähigkeiten in der Schlüsselkompetenz Lesen abschließt, sodass Österreich auch hinsichtlich der Erreichung eines „garantierten Bildungsminimums“ Handlungsbedarf hat (Bruneforth et al. 2012, S. 192). Schlechte Chancen für den weiteren Bildungs- und Berufsweg, für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe und eine demokratiepolitisch bedenkliche Perspektivenlosigkeit sind vorprogrammiert.

Diese Mängel zeigen sich an städtischen Hauptschulen/NMS<sup>1</sup> stärker als in den (zunehmend weniger) ländlichen Schulen. Insbesondere in den Ballungsräumen hat sich daher die Hauptschule – und nun auch die Neue Mittelschule<sup>2</sup> – zur „Restschule“ für Kinder aus sozial schwachen Familien entwickelt, meist mit Migrationshintergrund. In Wien und in den Landeshauptstädten sind die Übertrittsraten an die gymnasiale Unterstufe mittlerweile so hoch, dass man – polemisch formuliert – von einer regional übergroßen Begabungsdichte ausgehen müsste (Statistik Austria 2012a, 2012b, 2013).

*Mängel im städtischen Raum besonders ausgeprägt*

Die von Gruber (2008) angeführten Mängel von Ausleseschulsystemen möchte ich anhand einer Determinante für Schulleistungen (Fend 1998) untermauern, die m. E. stärker diskutiert werden sollte – die **Zusammensetzung der Schülerpopulation als Ergebnis einer Wechselwirkung zwischen Schulorganisation und sozialer Herkunft**:

*Zusammensetzung der Schülerpopulation als Leistungsdeterminante*

In weniger anspruchsvollen Schulformen wie Hauptschule/NMS finden wir, insbesondere im städtischen Raum, eine schicht- und leistungsmäßig schwache Zusammensetzung der Schülerschaft. Ursache ist die Kumulierung von Kindern, von denen viele individuellen Förderbedarf für den sozialen und kognitiven Lernprozess haben (Defizite in der Unterrichtssprache, mitgebrachte Lernstandsdefizite generell, schwache Lerndispositionen wie bspw. Leistungsmotivation). In diesem Umfeld ist Lehren und Lernen schwieriger und weniger effizient als in sozial und leistungsmäßig gut durchmischten Schulen. Es kommt häufiger zu Unterrichtsstörungen (noch häufiger und auffälliger bei Buben) und zu Interventionen der Lehrkräfte. In Summe beeinträchtigt dies das zeitliche Ausmaß und die Qualität des fachlichen Unterrichts beträchtlich (Nagy 2006).

Schulische Misserfolge entstehen in diesem Umfeld nicht zuletzt auch deshalb, weil das Stützsystem Familie schwach ist und zunehmend durch schulaversive Normen und Werte einer Peergruppe abgelöst wird (Budde 2008). Auch der Nationale Bildungsbericht Österreich 2012 befindet, dass der Einfluss der Kompositionsmerkmale bewirkt, dass unter sonst gleichen Voraussetzungen die Durchschnittsleistungen in städtischen Hauptschulen schlechter sind (Bruneforth et al. 2012).

*Segregation  
als Gefahr für  
demokratische  
Gesellschaft*

Ein m. E. ebenfalls zu wenig beachteter Aspekt in der Gesamtschuldebatte ist jener der Gefahr von **Zweiklassenbildung und Segregationseffekten**:

Der Besuch weniger qualifizierender und weniger angesehener Schulformen wird von SchülerInnen der (städtischen) Hauptschule/NMS als stigmatisierend wahrgenommen. Sie erleben sich nach dem Ausleseprozess an der Schnittstelle I als marginalisiert und als potenzielle VerliererInnen der Gesellschaft. Sie spüren, dass nicht viel von ihnen erwartet wird, und sie stellen, auch mangels elterlichen Drucks und elterlicher Unterstützung, selbst keine hohen schulischen Ansprüche an sich. Dies gilt noch mehr, wenn sie männlichen Geschlechts sind (Budde 2008). Sie leben nicht nur in einer schulischen Parallelwelt, sondern auch in einer sozialen, in der Kontakte mit privilegierteren Gleichaltrigen bereits aufgrund der schichtspezifischen Stadtteilentwicklungen so gut wie gar nicht stattfinden. Dieses Leben, Lernen und Denken in sozial segregierten Welten ist zwar vorrangig eine sozioökologische Folge der Wohnpolitik, wird aber durch frühe Selektion verstärkt. Wo junge Menschen ausgegrenzt werden und in ungünstiger Weise kumuliert, also nicht sozial (und ethnisch) durchmischt, leben und lernen, wenn zugleich das Gefühl der Perspektivenlosigkeit als Frust vorherrscht, besteht die Gefahr der demokratiepolitischen Resignation, Aggressionsbereitschaft oder gar der Radikalisierung (Stichwort Brennpunktviertel und Brennpunktschulen). Mediale verbreitete Vorfälle mit Jugendlichen der Pariser Banlieus zeigen allerdings, dass ein Gesamtschulsystem nicht per se Abhilfe schafft, wenn nicht zugleich durch Stadtentwicklung soziale (und ethnische) Durchmischung gefördert und für benachteiligte Schulen ein sozialpädagogisches Unterstützungssystem geschaffen wird.<sup>3</sup>

Ein dritter m. E. unzureichend beachteter Aspekt ist **mangelnde Partizipation bildungsferner Eltern**, sei es in der Schulpartnerschaft, sei es in der Stellungnahme zu Bildungsfragen generell:

Im Gegensatz zu bildungsfernen Eltern ist bildungsnahen in der Regel jedes Mittel recht, um ihren Kindern den Besuch der Hauptschule/NMS zu „ersparen“. Dies gelingt ihnen aufgrund ihres höheren kulturellen, sozialen und/oder ökonomischen Kapitals (Bourdieu 1987) auch tatsächlich. Angesichts der ungünstigeren Ausgangssituation bildungsferner Angehöriger der Grund- bzw. Unterschicht bilden sie als Eltern von Hauptschulkindern „eine schweigende Mehrheit“, so bezeichnet von Konrad Wünsche (1972) im Untertitel seines Buches. Auch die Gesamtschuldebatte findet ohne sie statt. Dieses Schweigen, auch in konkreten schulischen Angelegenheiten vor Ort, ist gemäß der soziologischen Makroanalyse von Fend (1977) Folge einer eingeschränkten (auch sprachlich-argumentativen) Handlungsfreiheit, was sich insgesamt als „distanziertes“ Verhältnis zur Schule (und zu Bildungsfragen) auswirkt (a.a.O., S. 53ff.).

*bildungsferne Eltern als schweigende Mehrheit*

Menschen der bildungsnahen Mittelschicht hingegen ergreifen in ihrer politischen oder in ihrer Elternrolle nicht nur das Wort, wenn es um eine schulorganisatorische Veränderung wie die Gesamtschule geht – sie können es ergreifen und meinungsbildend agieren. Aus ihrer Schicht kommen die bildungspolitischen EntscheidungsträgerInnen, sodass ihre Positionierungen in der Gesamtschuldebatte besonders bedeutsam sind.

*bildungsnaher Eltern als Meinungsträger*

Die Bruchlinie zwischen Befürwortung und Ablehnung der Gesamtschule war bis vor einigen Jahren vorrangig ideologisch und parteipolitisch. Mittlerweile ist eine gemeinsame Schnittmenge bei den bildungspolitischen Konzepten von unterschiedlich orientierten Interessenvertretungen wie Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung erkennbar, auch wenn letztere den Begriff Gesamtschule meidet (Industriellenvereinigung 2014). Der gemeinsame Nenner ist die Sorge um den Wirtschaftsstandort Österreich, wenn nicht Begabungspotenziale aller Kinder und Jugendlichen genützt werden. Parteipolitischen Konsens der Koalitionspartner gibt es hingegen nur für die Überführung der Hauptschulen in Neue Mittelschulen, sodass die Mehrgliedrigkeit der Sekundarstufe I aufrecht bleibt (Arbeitsprogramm der Bundesregierung für 2013 bis 2018).

*trotz Annäherung der Interessenvertretungen kein politischer Konsens*

Der Zug Richtung Gesamtschule ist wieder einmal ohne Österreich abgefahren und m. E. wird es schwierig, erneut ein günstiges Zeitfenster zu finden. In Österreich gibt es bei relevanten Meinungs- und EntscheidungsträgerInnen, trotz Wissen um die Mängel des gegliederten Schulsystems, so etwas wie eine „Urskepsis“ vor der Gesamtschule. Geht es ausschließlich um die Sorge eines etwaigen Qualitätsverlusts oder geht es auch darum, dass Bildung als Mittel zur sozialen Abgrenzung instrumentalisiert wird?

### 2. Wie positionieren sich VertreterInnen der bildungsnahen Mittelschicht?

#### 2.1 Auslöser und Daten für die Fallstudie

Auslöser für eine Fallstudie<sup>4</sup> zur Positionierung der bildungsnahen Mittelschicht ist die Veröffentlichung eines Zeitungsinterviews in *standard online* mit dem Hauptschullehrer und Autor Niki Glattauer (19. 6. 2012, 13.23) mit der Überschrift „Glattauer: Das Problem Schulschwänzen wird total überbewertet“. Im Untertitel werden seine Aussagen als Forderung nach sozialer Durchmischung und nach kürzeren Sommerferien zusammengefasst. Beide Forderungen erweisen sich als Reizthema; hier geht es im Folgenden ausschließlich um die Forderung nach sozialer Durchmischung via Gesamtschule.

#### *Sanktionen für Schulschwänzen als Schattengefecht?*

Anlass für das Interview ist die Absicht, die Geldstrafen für Eltern bei Schulschwänzen zu erhöhen, mittlerweile am 25. Mai 2013 als Gesetz im Nationalrat verabschiedet. Eine im Vorfeld vom Unterrichtsministerium in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass die meisten österreichischen SchulschwänzerInnen zwischen 13 und 14 Jahre alt sind und viele aus bildungsfernen Familien kommen (Kittl et al. 2006). Das Gesetz hat daher, in der öffentlichen Debatte unausgesprochen, nicht privilegierte bildungsnaher Mittelschichteltern und deren Kinder als Zielgruppe im Visier. Diese haben andere Möglichkeiten, mit der Schulunlust ihrer Kinder umzugehen. Glattauer bezeichnet daher im Interview die Maßnahmen gegen Schulschwänzen als „Schattengefechte“; man müsse sich vielmehr mit dem „Davor“ beschäftigen, weil kein Kind die Schule grundlos schwänze.

Noch am Tag der Veröffentlichung des Interviews erfolgen zahlreiche Postings, bis zum Abend des 24. Juni sind es 606. Jene,

die nicht explizit zum Thema Soziale Durchmischung und/oder Gesamtschule Bezug nehmen, werden nach grober Kategorisierung ausgeschieden. Schon bei der ersten Durchsicht fällt auf, dass Schulschwänzen nicht in Zusammenhang mit schulinternen oder strukturellen Ursachen oder im Kontext der besonderen Problemlage marginalisierter Jugendlicher angesprochen wird, wie von Glattauer beabsichtigt.<sup>5</sup>

*Forderung  
nach sozialer  
Durchmischung  
als Reizthema*

Für die Analyse verbleiben 61 Postings mit 90 Einzelargumenten, verfasst von 44 PosterInnen. Das bedeutet, dass einzelne PosterInnen mehrere Postings verfasst haben und dass einzelne Postings mehrere Argumente enthalten können. Mit großer Mehrheit beziehen sie eindeutig Position im Sinne von pro und contra, sieben bringen sachliche Argumente ein, die nicht erkennen lassen, ob sie Befürworter oder Gegner der sozialen Durchmischung via Gesamtschule sind. Sie werden der Kategorie neutral zugeordnet. Die Postings werden sowohl auf der Ebene der einzelnen PosterInnen als auch der einzelnen Argumente inhaltsanalytisch ausgewertet (Mayring 2007).

Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass die Leserschaft – und daher auch die PosterInnen – der Tageszeitung Der Standard der bildungsnahen und linksliberalen Mittelschicht angehören. Belege dafür sind die Mediadatenanalyse (2013) mit dem Leserprofil sowie online zugängliche Daten zu Blattlinie und politischer Orientierung.<sup>6</sup> Die Forschungsfragen lauten daher: Wie bewerten bildungsnaher LeserInnen einer linksliberalen Tageszeitung den Vorschlag einer sozialen Durchmischung via Gesamtschule und mit welchen Argumenten? Welche thematisch relevanten Argumente werden ausgeklammert? Was kommt stärker zum Ausdruck – die Sorge um das Gemeinwohl oder jene um das Wohl der eigenen Mittelschichtkinder?

*Standardle-  
serInnen als  
bildungsnaher  
und linksliberale  
Mittelschicht*

### 2.2 Kommentierte Ergebnisse

Insgesamt positionieren sich die PosterInnen aus einer Elternrolle und unter Bezug auf die sozioökologische und schulische Situation in Wien. Ein Drittel von ihnen erweist sich als BefürworterInnen sozialer Durchmischung via Gesamtschule, zwei Drittel als GegnerInnen. Letztere verfassen im Schnitt nicht nur mehr Postings, sondern führen jeweils auch mehr Einzelargumente an. Der zweite Unterschied liegt darin, wie inhaltlich argumentiert wird.

Dafür werden die Argumente fünf Dimensionen mit jeweils zwei Argumentationssträngen zugeordnet (Gerechtigkeit, Politik, Zusammensetzung der Schülerschaft, Rahmenbedingungen, Realität).

*Bildungsge-  
rechtigkeit (fast)  
kein Thema*

Der Dimension *Realität* werden positionsübergreifend die meisten Argumente zugeordnet. Thematisiert werden die schichtspezifische Verteilung der Bevölkerung auf die unterschiedlichen Wohnviertel sowie Argumente, die sich mit dem Faktum Privatschule als Möglichkeit zur Vermeidung öffentlicher Schulen befassen. Platz zwei belegen Argumente zur spezifischen *Zusammensetzung der Schülerpopulation* an städtischen Schulen wie Hauptschule/NMS sowie eine potenzielle soziale Durchmischung via Gesamtschule als Chance, Belastung oder Gefahr. Fast ebenso viele Argumente beziehen sich auf die Dimension *Rahmenbedingungen*, wo es um Konzepte sowie um finanzielle Ressourcen für die Gesamtschule geht. Die Dimension *Politik*, als gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Nutzen oder als Bildungs- und Parteipolitik, nimmt lediglich den vierten Platz ein. Auf dem letzten Platz finden sich Argumente zur Dimension *Gerechtigkeit*, der soziale Durchmischung via Gesamtschule als Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit und sozialer Inklusion zugeordnet wird, aber auch als Gegenteil, indem hohe Bildungsabschlüsse vorrangig für die eigene Nachkommenschaft beansprucht werden.

Im Folgenden die Ergebnisse der Analyse entlang der Fragestellungen:

### **Frage 1: Welche Argumente für die Positionierung zur Forderung nach sozialer Durchmischung via Gesamtschule werden herangezogen?**

Nur bei den vergleichsweise wenigen BefürworterInnen finden sich Argumente zu Gerechtigkeit, in denen der Status quo als Aufrechterhaltung einer Klassengesellschaft oder als Schiefelage aufgrund der frühen Bildungswegentscheidung betrachtet wird:

*„obwohl immer mehr ins soziale Abseits geschickt werden und keine Chance jemals am Arbeitsmarkt haben ...“ – Das ist egal, schließlich wird das dann als individuelles Versagen interpretiert und ist somit als gesellschaftliches Thema vom Tisch! In Österreich „versagen ja schon 10-Jährige individu-*



*ell“, wenn es nach den Befürwortern der Segregation geht  
... (Herr und Frau Österreicher, 19.06.2012, 14:28)*

Lediglich ein Poster thematisiert, neben anderen Dimensionen, den Aspekt Wettbewerbsnachteil:

*(...) Die Analyse trifft den Kern des Problems genau. Aber mit Fakten braucht man in der österreichischen Bildungspolitik leider schon lange nicht mehr zu argumentieren. – Wir schieben ein Drittel jedes Jahrganges in Verwahranstalten ab, die keine Chance haben ihren Lehrauftrag auch nur halbwegs zu erfüllen. Die verängstigte Mittelschicht, die sich vor Abstieg und Arbeitslosigkeit fürchtet applaudiert dazu, weil sie die trügerische Vorstellung haben, dass dadurch ihre Sprösslinge weniger Konkurrenz am Arbeitsmarkt haben werden. In der Realität jedoch handelt sich Österreich einen massiven Wettbewerbsnachteil ein, der alle treffen wird. (Shrike, 20.06.2012, 02:07)*

Eine Gemeinsamkeit zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen besteht darin, dass sie mehrfach erforderliche *Rahmenbedingungen* ansprechen, indem sie pädagogische Konzepte und eine finanzielle Dotierung fordern, vermissen oder bezweifeln. Bei den GegnerInnen steht argumentativ an erster Stelle die Dimension *Realität*, gefolgt von *Zusammensetzung der Schülerpopulation*, *Rahmenbedingungen* und (Partei-)Politik. Sofern es zu letzterer Wortmeldungen gibt, handelt es sich um den Vorwurf, dass es bei sozialer Durchmischung via Gesamtschule um linke Parteipolitik und Ideologie geht:

*Und warum? – Sollte ich meinen Kindern die Zukunft verbauen, indem ich sie den sozialpolitischen Träumen dieses ideologisch verblendeten Losers aussetze wenn sie auch in eine gute Privatschule gehen können? – Es geht um die Zukunft meiner Kinder und nicht um Profilierung solcher Blindgänger mit ihren Gesamtschulträumen. – Nach Abschluss der Schule werden meine Kinder auf eigenen Beinen stehen können müssen und werden sich dann nicht mehr darauf ausreden können, dass sie ja eh auch mit Analphabeten in der Klasse waren und daher einen Bonus bekommen müssen. (Erisian Liberation Front, 19.06.2012, 18:53)*

Insgesamt wird die Dimension *Gerechtigkeit* allenfalls unter dem meritokratischen Gesichtspunkt angesprochen, dass die eigenen, als begabt bezeichneten Kinder, aufgrund ihrer guten Leistungen zu Recht an eine höhere Schule übertreten.

soziale  
Durchmischung  
im Ballungsraum  
unrealistisch?

In der von den GegnerInnen am häufigsten angesprochenen Dimension *Realität* werden Ausgangsbedingungen im Ballungsraum angesprochen, vorwiegend als Faktum, dass es sozioökologisch bedingt schwer vorstellbar ist, SchülerInnen der Sekundarstufe I sozial zu durchmischen, wenn bereits Wohnviertel schichtspezifisch und ethnisch segregiert sind. Busing, als Transport von Schülern und Schülerinnen von einem Wohnviertel oder von einer Schule zur nächsten, sei wohl keine Lösung, meint beispielsweise eine Posterin:

*aufgrund der mangelnden wohn- und integrationspolitik der letzten jahrzehnte gibt es in wien halt brennpunktgedenden, wo mit sicherheit die wenigen kinder, die nicht aus sozial schwachen familien kommen, sich nicht für eine durchmischung hergeben wollen. dieses problem ist nicht zu lösen, es sei denn jemand kommt auf die glorreiche idee, ein busing einzuführen. (Marilynn E., 19.06.2012, 20:58)*

Der Dimension *Realität* werden auch Argumente zugeordnet, die mit Privatschulen als Ausweichmöglichkeit für öffentliche Schulen argumentieren:

*(...) – Im Falle einer Gesamtschule werden wohl jene, die es sich leisten können ihre Kinder auf Privatschulen schicken; Privatschulen verbieten – na, das trifft dann auch den Durchblicker Glattauer, der sein eigenes Kind in einer Privatschule hat (...). (Erzsébet Lucas, 20.06.2012, 09:18)*

Auch einzelne BefürworterInnen sprechen dieses Faktum als Sorge an, dass soziale Durchmischung via Gesamtschule durch Zulauf an Privatschulen konterkariert wird.

soziale  
Durchmischung  
als Gefahr für  
Lernprozess  
und Lernerfolg?

Die Dimension *Zusammensetzung der Schülerpopulation*, mit der sich ein Viertel aller Argumente befasst, fokussiert ebenfalls auf eine Realität, wird aber getrennt analysiert. Thematisiert wird die dem städtischen Raum zugesprochene besonders ungünstige Zusammensetzung der Schülerpopulation an Hauptschule/NMS. Einzelne PosterInnen sehen wohl mittels Durchmischung

via Gesamtschule Chancen auf Leistungszuwachs für Kinder mit sozial schwachem Hintergrund, betrachten gemeinsames Lernen aber als Belastung und Gefahr für den Lernerfolg und das soziale Lernumfeld der eigenen Kinder:

*Es sei jedem unbenommen seine Kinder in dem Milieu aufwachsen zu lassen, das er für die Entwicklung seiner Kinder für richtig erachtet, aber ich glaube Sie sehen das Ganze ein wenig zu blauäugig oder haben keine Ahnung was es für ein Milieugefälle gibt, speziell in Großstädten. Ich spreche nicht davon, Kinder aus Mittelstandsfamilien von Kindern unterprivilegierten Schichten fernzuhalten sondern dass ich als Vater das Recht in Anspruch nehme für meine Kinder die bestmögliche Bildung und Erziehung zu wollen und dass ich egoistischerweise dieses Ziel erreichen will ohne gesellschaftspolitische Entwicklungshilfe zu leisten, das ist Aufgabe des Staates und nicht Aufgabe meiner Kinder. Hand aufs Herz, würden sie ihre Kinder bedenkenlos in jede Schule im 16. Bezirk schicken? (...). (Diogenes, 19.06.2012, 21:47)*

Einzelne PosterInnen sehen sich veranlasst zu betonen, dass sie kein Klassendenken haben, dass aber das Wohl ihrer eigenen Kinder Vorrang habe:

*nö, mir geht's nicht um die Klasse. – ich gebe gerne offen zu, dass ich nicht will, dass mein Kind der Prellbock für verhaltensgestörte Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern – und von Wohlstandsverwahrlosten Kindern – wird und bin froh, dass die Brutalität, die an manchen Hauptschulen herrscht, in einer AHS nicht lange vorkommt, weil die betreffenden Schüler dann von der AHS fliegen, während die Hauptschulen alle nehmen müssen. – ich habe aber kein Klassendenken. Ich will dass mein Kind was in der Schule lernt. und zwar zumindest das, was für das Jahr vorgesehen ist. Ich will, dass es keine Angst haben muss, wenn es in die Schule geht und ich will eine Begabtenförderung in den Schulen haben. In manche Schulen Wiens würde ich mein Kind deshalb niemals hinschicken. (Marylenn E., 19.06.2012, 21:04)*

*das Hemd ist  
eben näher  
als der Rock*

Insgesamt zeigt sich folgendes Bild: Soziale Durchmischung via Gesamtschule wird zwar von einzelnen PosterInnen als Chance für marginalisierte Kinder und Jugendliche angesprochen, meist aber verbunden mit der Sorge, dass dies zu Lasten ihrer eigenen

Kinder erfolgen würde. Gesamtschule ist für sie allenfalls eine Option für SchülerInnen der Hauptschule/NMS. Der semantische und inhaltliche Widerspruch, dass der Begriff *gesamt* alle Zehnbis Vierzehnjährigen umfasst, wird nicht weiter diskutiert.

**Frage 2: Welche Argumente für oder gegen eine soziale Durchmischung via Gesamtschule werden kaum oder gar nicht angeführt und welche werden ausgeklammert?**

*Risiken der sozialen Entmischung ausgeklammert*

Von den vergleichsweise wenigen BefürworterInnen wurde mehr Argumentation zu den Dimensionen *Gerechtigkeit* und *Politik* erwartet: soziale Durchmischung via Gesamtschule als Beitrag zu gerechten Bildungschancen, zu sozialer Integration oder/und als Beitrag für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gemeinwohl. Der wirtschaftliche Nutzen von guter Bildung für alle wird nur einmal angesprochen. Der gesellschaftliche Nutzen in Hinblick darauf, dass gut gebildete und nicht von Ausgrenzung bedrohte junge Menschen mit beruflichen Perspektiven wertvolle und aktive Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft werden und weniger zu Resignation oder Aggression neigen, wird von niemandem angesprochen, obgleich die Risiken einer sozial und schulisch entmischten Gesellschaft bildungsnahen Menschen vermutlich bekannt sind.

*soziale Schließung als Abgrenzungsmotiv*

Ebenfalls kaum angesprochen werden bekannte soziologische Motive der Mittelschicht, den Zugang zu höherer Bildung auf ihre eigene Gruppe zu beschränken und somit Bildung als Mittel zur Abgrenzung zu instrumentalisieren: Wunsch nach *Distinktion*, die Sorge um den *Statuserhalt* und das Streben nach sozialer Schließung (Bourdieu 1987, Mau 2012). Aber auch unausgesprochen bleibt der Eindruck, dass die Diagnose zur Positionierung der bildungsnahen Mittelschicht von Mau (2012) zutrifft: Wegen der Verunsicherung in einer neoliberalen Gesellschaft bleibt Bildung die zentrale Ressource für die eigenen Kinder. Dies fördert einen geschlossenen Kreislauf, in dem „Rufe nach Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit“ nicht (mehr) vorkommen (a.a.O., S. 73f.).

**Frage 3: Was kommt stärker zum Ausdruck – die Sorge um das Gemeinwohl oder jene um das Wohl der eigenen Mittelschichtkinder?**

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus den vorhergehenden: Die Sorge um das Wohl der eigenen Nachkommenschaft ist

größer als die Sorge um das Gemeinwohl. Das Ablehnungsprofil der PosterInnen kann demgemäß folgendermaßen gezeichnet werden:

*Realismus,  
Skeptizismus  
und Sorge um  
Statuserhalt*

- Sie sind Realisten, was die sozioökologisch bedingte Konzentration sozial schwacher Kinder und Jugendlicher im Ballungsraum in bestimmten Wohnvierteln, was die Verfügbarkeit von Konzepten und Ressourcen für weitreichende Veränderungen sowie die Ausweichmöglichkeit durch Privatschulen betrifft.
- Sie sind Skeptiker, was die pädagogischen und didaktischen Möglichkeiten einer Gesamtschule für ihre Kinder betrifft, und sehen eine soziale Durchmischung als Belastung und Gefahr für den Schulerfolg ihrer eigenen Kinder.
- Sie sind typische Vertreter der bildungsnahen Mittelschicht, die sich im Zweifelsfall gegen Bildungsgerechtigkeit und für den Statuserhalt ihrer eigenen Nachkommenschaft entscheiden, den sie durch privilegierten Zugang zu privilegierten Bildungseinrichtungen wie dem Gymnasium gewährleistet sehen.

Insgesamt ist erkennbar, dass selbst LeserInnen einer linksliberalen Tageszeitung in bildungspolitischen Fragen vorrangig aus ihrer (nur) auf das eigene Wohl bedachten Mittelschichtposition heraus argumentieren und wenig Sensibilität für Aspekte der Bildungsgerechtigkeit und des Gemeinwohls zeigen. Es hat den Anschein, als würden in Zeiten des Neoliberalismus und der Verunsicherung der Mittelschicht „die Strickleitern der Integration“ für Menschen „aus bildungsfernen Schichten“ hochgezogen (Mau 2012, S. 129).

Es sind aber nicht nur Abgrenzungsmotive, die aus den Ablehnungen ersichtlich werden. Von den PosterInnen werden wesentliche Fragen angesprochen, die *öffentlich* nachvollziehbar geklärt werden müssen, um die Akzeptanz der Gesamtschule für die Mittelschicht zu steigern:

*berechtigte  
offene Fragen*

1. Wie soll angesichts realer Gegebenheiten im Ballungsraum, nämlich der Konzentration von Kindern mit schwachem sozialen Hintergrund oder/und nichtdeutscher Muttersprache in bestimmten Wohngebieten, überhaupt eine soziale Durchmischung erreicht werden?
2. Welche pädagogischen und für Eltern nachvollziehbaren

Konzepte gibt es dafür, dass in einer allenfalls sozial und leistungsmäßig durchmischten Schülerpopulation ein Lernen am Modell „nach oben“ stattfindet und nicht „nach unten“?

3. Welche Ressourcen werden trotz „Sparpolitik“ verfügbar, als Antwort auf die zweite Frage, um günstige Rahmenbedingungen für einen gelungenen Umgang mit Heterogenität der Schülerschaft zu schaffen?

*Beibehaltung  
des Status quo  
birgt Risiken  
für alle Gesell-  
schaftsschichten*

Nur wenn es gelingt, diese Fragen (bildungs)politisch glaubwürdig zu beantworten, kann die Akzeptanz sozialer Durchmischung via Gesamtschule gefördert werden – so meine These. Überdies gilt es deutlicher als bisher, die Risiken von Zweiklassenbildung und Segregation bei Beibehaltung des Status quo zu diskutieren. Denn auch die Mittelschicht wird von gesellschaftlicher Unsicherheit und Radikalisierung im städtischen Raum zunehmend betroffen sein, ausgelöst durch junge Menschen, die in einem auf ihre Bedürfnisse unzureichend reagierenden Bildungssystem zur Auffassung gelangen, dass sie nichts zu verlieren haben.

### **3. Schadensbegrenzung und Ausblick**

Soziale Durchmischung via Gesamtschule, als Instrument, um die eingangs angeführten Mängel eines „Ausleseschulsystems“ zu beseitigen, scheint bis auf Weiteres nicht realistisch. Das zentrale Problem der schichtspezifisch zusammengesetzten Schülerschaft in den Schulen der Sekundarstufe I besteht auch nach Ersatz der Hauptschule durch die Neue Mittelschule, weil sich kein verändertes Schulwahlverhalten bildungsnaher Eltern der Mittelschicht abzeichnet. So bleiben insbesondere im städtischen Raum die Lehr- und Lernbedingungen an der Hauptschule/ NMS benachteiligend und Leistungserfolge weiterhin schwierig, wenn nicht sogar unmöglich (Stichwort Risikogruppen).

Was kann dennoch zur Schadensbegrenzung getan werden? Aus dem Nationalen Bildungsbericht Österreich 2012 lassen sich zur Thematik Chancen(un)gerechtigkeit, mit Blick auf die Zehn- bis Vierzehnjährigen, zwei Maßnahmen ableiten:

*Schadensbe-  
grenzung für  
marginalisierte  
SchülerInnen*

1. Qualitätsoffensiven im Unterricht, um *allen* Jugendlichen zu garantieren, dass sie die Pflichtschule mit ausreichenden Grundkompetenzen abschließen. Mittels konsequenter Umsetzung der im Lehrplan der Neuen Mittelschule geforderten

Neuen Lernkultur (Stichworte Individualisierung & innere Differenzierung) besteht die Chance, fachliche und überfachliche Kompetenzen mehr als im traditionellen Unterricht zu fördern (Schmidinger 2012).

2. Bedarfsorientierte und somit indexbasierte Mittelzuweisung, was bedeutet, dass Schulen mit schwierigen Ausgangsbedingungen mehr Ressourcen zur schulautonomen Verwendung erhalten als andere, um bei der Qualitätsoffensive unterstützt zu werden (Bacher et al. 2008).

Schadensbegrenzung muss aber auch bedeuten, dass benachteiligten Kindern in besonderer Weise Gelegenheit geboten wird, sich Bildungsinhalte anzueignen, die ihnen das Elternhaus meist nicht vermitteln kann, wie Musik und Kunst, Sport und handwerkliche Kreativität, aber auch schrittweises Heranführen an Mitgestaltung und Mitbestimmung in ihrer schulischen Lebenswelt. Dazu bedarf es der besten Lehrpersonen, der besten Schularchitektur für ganztägige Betreuung und der besten sozialpädagogischen Unterstützung am Standort.

Zur Prävention von Bildungsmisserfolgen müssen überdies bildungsferne Eltern verstärkt unterstützt und in die Pflicht genommen werden (Perchinig 2012). Es gilt Anreize und Verpflichtungen zu schaffen, sich Wissen und Können anzueignen, beispielsweise durch einen Eltern-Kind-Bonus für den Besuch von Elternschulungen.<sup>7</sup> Verstärkte Kompetenzen würden nicht nur die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus zum Wohle der Kinder und Jugendlichen fördern, sondern auch zum Abbau der bildungspolitischen „Sprachlosigkeit“ von Eltern aus der Grund- bzw. Unterschicht beitragen.

*Einbindung  
bildungsferner  
Eltern als  
Präventions-  
maßnahme*

Appelle an Gerechtigkeitsgefühl und Solidarität der Mittelschicht werden nicht ausreichen. Vielleicht zeigen aber allenfalls mittels neuer Lernkultur und indexbasierter Mittelverteilung erreichbare Erfolge an Neuen Mittelschulen, dass auch marginalisierte Kinder gut lernen können? Oder vielleicht siegt die Einsicht, dass eine Gefährdung des sozialen Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung durch Folgen einer Zweiklassenbildung für alle zum Problem wird – auch für die Mittelschicht.

### Anmerkungen

1. Wegen der bislang gleichbleibenden Zusammensetzung der Schülerschaft und der damit verbundenen Problemlagen wird im Beitrag meist Hauptschule/NMS als Doppelbegriff verwendet. Eine separate Bezeichnung erfolgt dann, wenn spezifische Merkmale der einzelnen Schulformen angesprochen werden.
2. Vorliegende Bausteine zur Evaluierung der Neuen Mittelschule zeigen, dass bildungsnahe Eltern der Neuen Mittelschule ebenso skeptisch gegenüberstehen wie der Hauptschule (Svecnik 2013).
3. Ein konstruktives Beispiel für den Transformationsprozess einer Brennpunktschule zur Gemeinschaftsschule ist die Rütlihschule in Berlin-Neukölln (Nagy 2015, S. 143ff.)
4. Abschnitt 2 ist eine stark gekürzte Version von Abschnitt 6 in Nagy 2015.
5. Nikolaus Glattauer findet die Deutung seiner Aussagen korrekt (Mail, 11.12.2013)
6. Der Standard (o.J.): Blattlinie. Verfügbar unter <http://derstandarddigital.at/1113512/Blattlinie> (10.09.2013); Euro Topics (o.J.): Der Standard. Information zur politischen Ausrichtung. Verfügbar unter [http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media\\_articles/?frommedia=309](http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media_articles/?frommedia=309) (10.09.2013)
7. Mehr dazu in Nagy 2015, S. 173f.

### Literatur

- Bacher, Johann / Altrichter, Herbert / Nagy, Gertrud (2010): Ausgleich unterschiedlicher Rahmenbedingungen schulischer Arbeit durch eine indexbasierte Mittelverteilung. *Erziehung und Unterricht* 2010/3+4, S. 384-400
- Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede – Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag
- Bruneforth, Michael / Weber, Christoph / Bacher, Johann (2012): Chancengleichheit und garantiertes Bildungsminimum in Österreich. In: Herzog-Punzenberger, Barbara (Hrsg.): *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012. Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen*. Graz: Leykam, S. 189-228
- Budde, Jürgen (2008): *Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/männlichen Jugendlichen*. Expertise im Auftrag des BMBF. Bonn
- Bundeskanzleramt Österreich: *Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 – 2018*. Wien: BKA
- Buschkowsky, Heinz (2012): *Neukölln ist überall*. Ullstein
- Der Standard (2013): *Media-Daten-Service*. Stand: 20. Juni 2013. Zusendung per Mail (22.08.2013)
- Fend, Helmut (1977): *Gesellschaftliche Bedingungen schulischer Sozialisation*. *Soziologie der Schule I. Forschungsarbeiten aus dem Zentrum I Bildungsforschung der Universität Konstanz*.
- Fend, Helmut (1998): *Qualität im Bildungswesen. Schulforschung zu Systembedingungen, Schulprofilen und Lehrerleistung*. Weinheim: Juventa
- Gruber, Karl-Heinz (2008): *Ausleseschulsysteme und Gesamtschulsysteme im internationalen Vergleich*. In: *WISO 2008, 4/07. Teilschwerpunkt Bildung*. Linz: Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, S. 65-72
- Industriellenvereinigung (2014): *Beste Bildung für Österreichs Zukunft*. Verfügbar unter [http://www.iv-net.at/d4300/beste\\_bildung.pdf](http://www.iv-net.at/d4300/beste_bildung.pdf) (30.11.2014)
- Kittl, Helga / Mayr, Andrea / Schiffer, Barbara (2007): *Early School Leaving und Drop Out*. Empirische Studie im Auftrag des BMBWK in Kooperation mit dem ZSE.
- Mau, Steffen (2012): *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?* Berlin: Edition Suhrkamp
- Mayring, Philipp (2007): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*.



Weinheim: Beltz

- Nagy, Gertrud (2015): Die Angst der Mittelschicht vor der Gesamtschule. Warum die Gesamtschule notwendig wäre, im städtischen Raum schwer umsetzbar ist und was zur Schadensbegrenzung getan werden sollte. Edition Innsalz
- Nagy, Gertrud (2006): Die Wirklichkeit der städtischen Hauptschule. Untersuchung über die spezifische Zusammensetzung der SchülerInnengruppen als leistungsrelevante Determinante an städtischen Hauptschulen im Bundesland Salzburg. Dissertation, Paris Lodron Universität Salzburg.
- OECD (2012): Bildung auf einen Blick 2012. Zusammenfassung. Verfügbar unter <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/bildungaufeinenblick2012.htm> (15.10.2012)
- Perchinig, Bernhard (2012): Hebel zu einer kompensatorischen Bildung. Pilotstudie. Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft. Verfügbar unter <http://www.ibw.at/images/ibw/pdf/studie.pdf> (21.06.2012)
- Schmidinger, Elfriede (2012): Beurteilen – ein Element des Unterrichts. In: Zeitgemäße Leistungsbeurteilung. Wien: Verlag Jugend & Volk GmbH, S. 5–116
- Statistik Austria (2013): Bildung in Zahlen 2011/12. Schlüsselindikatoren und Analysen. Verfügbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/services/publikationen/5/index.html](http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/5/index.html) (15.07.2013)
- Statistik Austria (2012a): Unterschiedliche Entwicklung der Schülerzahlen nach Schultypen in den letzten Jahren. Pressemitteilung 20.11.2012. Verfügbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/dynamic/presse/068413](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/presse/068413) (26.11.2012)
- Statistik Austria (2012b): Schüler und Schülerinnen nach Politischen Bezirken 2011/12 (per Mail am 27.11.2012).
- Svecnik, Erich (2013): Ein neues Schulmodell auf dem Prüfstand: Die Evaluation der Neuen Mittelschule. Vortragsfolien (BIFIE). Verfügbar unter [http://www.phst.at/fileadmin/Redakteure/Bilder/Fotodienst/Vogel/Die\\_Evaluation\\_der\\_Neuen\\_Mittelschule.pdf](http://www.phst.at/fileadmin/Redakteure/Bilder/Fotodienst/Vogel/Die_Evaluation_der_Neuen_Mittelschule.pdf) (03.12.2013)
- Wünsche, Konrad (1972): Die Wirklichkeit des Hauptschülers. Berichte von Kindern der schweigenden Mehrheit. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch-Verlag

# WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz  
 Tel. ++43/732/66 92 73  
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
 E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)  
 Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)